

9./X. 1915

Muß dem so sein?

Einem Aufruf des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie entnehmen wir:

Die Lebensmittelteuerung ist unerträglich geworden. Die Preise aller wichtigen Nahrungsmittel und der sonstigen Artikel des täglichen Bedarfs, wie Brennmaterial, Kleidung, Schuhzeug u. s. w., haben eine unerschwingliche Höhe erreicht. Mit bangen Sorgen sieht man in Arbeiterkreisen und bis weit in die Kreise des Mittelstandes hinein dem herannahenden Winter entgegen. Schon jetzt herrscht in vielen Familien bittere Not.

Muß dem so sein?

Müssen sich im ungezügelteren freien Spiel der Kräfte selbstsüchtige Gewinnsucht und kapitalistische Profitgier zum Schaden des Volksganzen austoben?

Müssen Millionen entbehren, damit jene schamlosen Produzenten und Händler, die die Kriegskonjunktur kalt rechnend ausnützen, auf Kosten des Volkes sich bereichern können?

Nein, das muß nicht so sein. Die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel reichen zur Ernährung unseres Volkes aus. Sie müssen nur richtig verteilt werden. Es darf nicht länger geduldet werden, daß unsere Vorräte Gegenstand gewissenloser Spekulation sind.

Bereits in der zweiten Kriegswoche haben wir gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Regierung wirtschaftliche Maßnahmen zur Förderung der Produktion und Regelung der Volksernährung gefordert. Leider hat die Regierung unsere Forderungen nicht genügend berücksichtigt. So energisch sie in das aus dem Privateigentum resultierende Verfügungsrecht eingreift, wo es sich darum handelt, die Versorgung der Armee mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial sicherzustellen, so zögernd ist sie in der Sicherung der Volksernährung zu Werke gegangen.

Erst wenn durch verwerfliche Preistreiberereien die Zustände unhaltbar geworden, wenn es meist zu spät war, griff die Regierung und ließ es auch dann noch oft bei halben Maßnahmen bewenden. Trotz aller ungünstigen Erfahrungen hat das Wohl der Allgemeinheit immer wieder hinter den Interessen des Privateigentums und des kapitalistischen Profits zurückstehen müssen.

Es muß viel systematischer bei der Regelung der Preisgestaltung auf dem Lebensmittelmarkt vorgegangen werden. Es gilt die Volksgesundheit vor nachhaltiger dauernder Schädigung zu bewahren. Mit dem bequemen Grundsatz, daß durch hohe Preise die Lebensmittelvorräte am wirksamsten gesichert werden können, muß radikal gebrochen werden.

Alle Hindernisse, die sich einer sachgemäßen Regelung der Lebensmittelfrage in den Weg stellen, auch alle Einwände, die in Vertretung der landwirtschaftlichen Produzenteninteressen vom preussischen Landwirtschaftsministerium erhoben wurden, müssen rücksichtslos beiseite geschoben werden. Wie die Verpflegung des Heeres, so ist auch die Versorgung des gesamten Volkes mit Lebensmitteln

unter allen Umständen sicherzustellen. Um das zu ermöglichen, verlangen wir, daß die Forderungen, die wir wiederholt erhoben haben, endlich vollständig verwirklicht werden.

Für alle wichtigen Lebensmittel müssen Höchstpreise festgesetzt werden, die so zu bemessen sind, daß jeder Kriegskonjunkturgewinn beim Produzenten wie im Groß- und Kleinhandel ausgeschloffen ist und auch die Ärmsten in die Lage versetzt werden, die zu ihrer Ernährung notwendigen Lebensmittel sich zu beschaffen.

Durch allgemeine Beschlagnahme und Verkaufszwang muß das spekulative Fernhalten der Waren vom Markt vereitelt werden.

Um eine Bevorzugung der Reichen und Zahlungsfähigen zu vermeiden, müssen die vorhandenen Lebensmittel gleich der Brotverteilung auf alle Einwohner des Reiches in gleichen Rationen verteilt werden.

Den Familien der Kriegsteilnehmer, die bedürftig sind, müssen für die Wintermonate, einer von uns bereits früher erhobenen Forderung entsprechend, ohne Anrechnung auf ihre der Erhöhung bringenden bedürftige Unterstützung Kartoffeln und Brennmaterial auf Kosten des Reiches unentgeltlich geliefert werden.

Die Strafbestimmungen der Verordnung gegen den Lebensmittelwucher müßten die schärfste Anwendung finden. Jede Ueberschreitung der Höchstpreise, jede Zurückhaltung von Waren zum Zwecke wucherischer Preistreibererei muß den Behörden zur Anzeige gebracht werden. Werden in Geschäften und auf Märkten Preise gefordert, die zu den Produktionskosten in argem Mißverhältnis stehen, dann nehme man in jedem Falle die Hilfe der Polizei gegen solche Ueberschreitung in Anspruch. Denn es gilt, das Volk vor jenen schamlosen Lebensmittelwuchern zu schützen, deren Treiben selbst der Vertreter des Reichskanzlers im Reichstag als niederträchtig und verächtlich bezeichnete. Nur durch rücksichtsloses Vorgehen der Behörden und Konsumenten können die schlimmsten Auswüchse auf dem Lebensmittelmarkt, die der unselige Krieg gezeitigt hat, wirksam bekämpft werden.

Alle Behörden des Reiches, des Staates und der Gemeinden müssen aufgerufen werden zur reiflichen Erfüllung ihrer Pflichten auf dem Gebiet der Volksernährung. Besonders müssen die Arbeitervertreter in den kommunalen Körperschaften mit allem Nachdruck dahin wirken, daß die Gemeindebehörden von den ihnen in den Verordnungen eingeräumten Rechten den weitestgehenden Gebrauch machen, um die Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln in ausreichendem Maße zu versorgen.

Genug der Worte, genug der Beratungen und Ueberlegungen! Heraus aus den Erwägungen, fort mit allen Halbheiten!

Das Volk will Taten sehen. Es fordert gebieterisch durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung seiner Ernährung. Es hat es satt, noch länger Spielball gewissenloser Spekulationen und rücksichtsloser Gewinnsucht zu sein.

Unsere Volksgenossen im Waffenrock, die draußen im blutigen Kampfe unermessliche Opfer an Gut und Blut bringen, können verlangen, daß ihre Familien, die um sie bangen und sorgen, wenigstens vor Not und Elend bewahrt, vor der Ausbeutung durch jene schamlosen geschützt werden, die den Krieg zur eigenen Bereicherung skrupellos ausnützen.

Ist es uns gelungen, den Hungerplan unserer äußeren Feinde zu Schanden zu machen, muß es uns auch gelingen, den Lebensmittelwucher, diesen tödlichen inneren Feind, zu Boden zu schlagen. Ihm sagen wir erneut unerbittlichen Kampf an, zu dem wir alle aufrufen, die mit uns stellen die Volksgesundheit, das Volkswohl über das kapitalistische Profitinteresse einzelner!